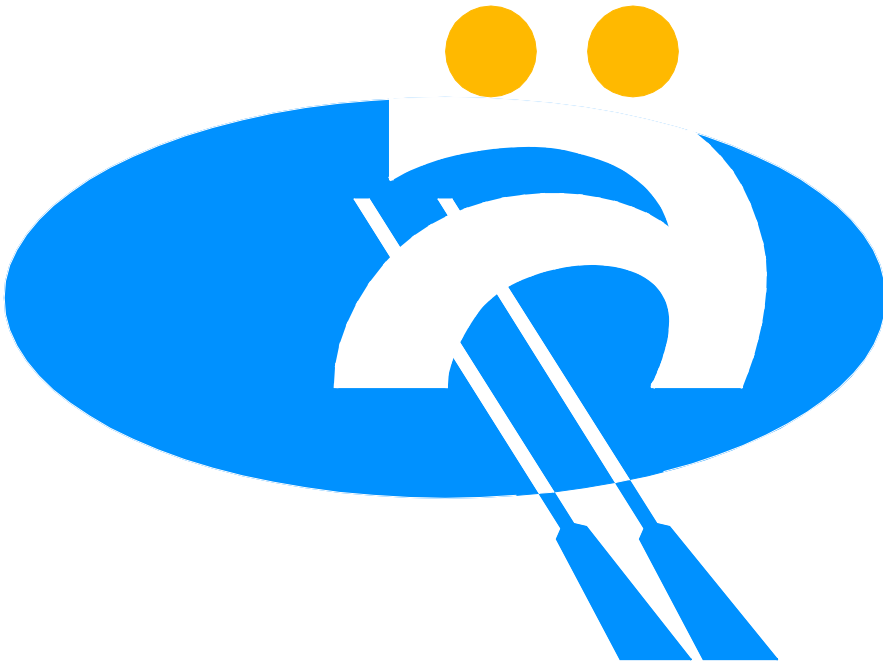


EINWOHNERGEMEINDE
OBERÄGERI



Abwasserreglement

15. März 2004

731.3 ABWASSERREGLEMENT

INHALTSVERZEICHNIS

I	Allgemeine Bestimmungen	2
Art. 1	Zweck und Geltungsbereich	2
Art. 2	Generelle Zuständigkeit	2
Art. 3	Kreditbewilligung	2
Art. 4	Entwässerungsplan	2
II	Abwasseranlagen	3
Art. 5	Gemeindliches Abwassernetz	3
Art. 6	Private Abwasseranlagen	3
Art. 7	Bauvorschriften	3
Art. 8	Anschluss an die öffentliche Kanalisation	3
Art. 9	Durchleitungsrechte für öffentliche Kanalisationsleitungen	3
Art. 10	Übernahme privater Abwasseranlagen	3
Art. 11	Bewilligungspflicht	4
Art. 12	Gesuch	4
Art. 13	Bewilligung	4
Art. 14	Kontrollen	4
Art. 15	Inbetriebnahme	4
Art. 16	Ausführungspläne	4
Art. 17	Kataster	4
III	Finanzierung	5
Art. 18	Grundsatz	5
Art. 19	Anschlussgebühr	5
Art. 20	Betriebsgebühr	6
Art. 21	Gebührenpflicht	6
Art. 22	Fälligkeit	6
Art. 23	Private Abwasseranlagen	6
IV	Übergangs- und Schlussbestimmungen	7
Art. 24	Übergangsrecht	7
Art. 25	Inkrafttreten	7
	Stichwortverzeichnis	8

ABWASSERREGLEMENT

(vom 15. März 2004)

Die Einwohnergemeinde von Oberägeri,
gestützt auf § 56 und § 90 des Gesetzes über die Gewässer vom 25. November 1999,
beschliesst:

I Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck und Geltungsbereich

¹Dieses Reglement regelt die Ableitung und die Behandlung von Abwasser sowie die Finanzierung der öffentlichen Siedlungsentwässerung.

²Es gilt für das gesamte Gemeindegebiet.

Art. 2 Generelle Zuständigkeit

¹Der Gemeinderat vollzieht dieses Reglement, soweit die Zuständigkeit in diesem Reglement, im kantonalen oder eidgenössischen Recht nicht anders geregelt ist oder vom Gemeinderat nicht einer anderen Instanz zugewiesen ist.

²Der Gemeinderat ist befugt, einzelne seiner Zuständigkeiten zu delegieren.

Art. 3 Kreditbewilligung

Der Gemeinderat bewilligt im Rahmen des Voranschlags Kredite für die Projektierung und die Realisierung von neuen Bauten und Anlagen, für den Ausbau, die Erneuerung und für den Unterhalt von Bauten und Anlagen des gemeindlichen Abwassernetzes.

Art. 4 Entwässerungsplan

¹Der Gemeinderat erlässt einen generellen Entwässerungsplan (GEP) und passt ihn dem jeweiligen Stand der Siedlungsentwicklung an.

²Er sorgt dafür, dass die Bevölkerung beim Erlass und bei wesentlichen Änderungen in geeigneter Weise mitwirken kann.

II Abwasseranlagen

Art. 5 Gemeindliches Abwassernetz

¹Der Gemeinderat sorgt für den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung des im generellen Entwässerungsplan enthaltenen gemeindlichen Abwassernetzes.

²Der Ausbau und die Erneuerung des gemeindlichen Abwassernetzes erfolgt im Rahmen des generellen Entwässerungsplans und nach Massgabe der gemeindlichen Erschliessungsplanung.

Art. 6 Private Abwasseranlagen

¹Der Grundeigentümer sorgt für den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung seiner Abwasseranlagen, insbesondere für den Hausanschluss.

²Dem Gemeinderat obliegt die Aufsicht über den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung von privaten Abwasseranlagen.

Art. 7 Bauvorschriften

¹Abwasseranlagen sind nach anerkannten Regeln der Technik zu planen, zu erstellen, zu unterhalten, zu sanieren und zu erneuern; es gelten die Normen, Richtlinien und Merkblätter der anerkannten Fachverbände.

²Der Gemeinderat kann ergänzende Vorschriften erlassen.

Art. 8 Anschluss an die öffentliche Kanalisation

Der Anschluss an die öffentliche Kanalisation hat nach dem im generellen Entwässerungsplan vorgesehenen Kanalisationssystem (Trenn- oder Mischsystem) zu erfolgen.

Art. 9 Durchleitungsrechte für öffentliche Kanalisationsleitungen

¹Grundeigentümer sind verpflichtet, die Durchleitung von öffentlichen Kanalisationsleitungen gegen Entschädigung zu dulden.

²Der Grundeigentümer kann, wenn er ein erhebliches Interesse nachweist, die Verlegung einer bestehenden Leitung auf eine andere geeignete Stelle verlangen; die Kosten werden von der Gemeinde übernommen.

Art. 10 Übernahme privater Abwasseranlagen

¹Private Abwasseranlagen können nach der Erstellung öffentlich erklärt werden, und zwar

- a. innerhalb der Bauzone, soweit sie ausserhalb des Baugrundstücks, welchem die Anlage dient, liegen
- b. ausserhalb der Bauzone, soweit ein hinreichendes öffentliches Interesse besteht.

²Die Öffentlicherklärung erfolgt durch den Gemeinderat. Der Gemeinderat kann die Kriterien der Öffentlicherklärung festlegen. Das Verfahren gemäss Gesetz über Strassen und Wege^a ist sinn- gemäss anwendbar.

^a § 4 Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW; BGS 751.14)

Art. 11 Bewilligungspflicht

¹Die Erstellung, Änderung, Erweiterung und Sanierung von privaten Abwasseranlagen bedürfen einer Bewilligung des Gemeinderates.

²Die Änderung der Nutzung von Bauten und Anlagen, die auf Menge und Beschaffenheit des Abwassers einen Einfluss haben kann, bedarf einer Bewilligung des Gemeinderates.

Art. 12 Gesuch

Das Bewilligungsgesuch ist schriftlich der Gemeinde einzureichen. Dem Gesuch sind in dreifacher Ausfertigung (ausserhalb der Bauzone 5-fach) alle Unterlagen beizulegen, die zu seiner Beurteilung notwendig sind. Dazu gehören insbesondere Pläne mit bestehenden und projektierten Abwasseranlagen bis zum öffentlichen Anschluss und die entwässerungstechnischen Angaben.

Art. 13 Bewilligung

¹Der Gemeinderat prüft das Gesuch auf die Übereinstimmung mit den Vorschriften des öffentlichen Rechts; er entscheidet nicht über zivilrechtliche Verhältnisse.

²Rechtskräftige Bewilligungen sind während zwei Jahren gültig. Auf schriftliches Gesuch hin kann der Gemeinderat die Geltungsdauer der Entscheidung um jeweils ein Jahr verlängern.

Art. 14 Kontrollen

¹Im Bau befindliche Abwasseranlagen sind der zuständigen Stelle zur Kontrolle, zur Einmessung und Abnahme anzumelden.

²Unterirdische Anlageteile dürfen erst eingedeckt werden, nachdem die Kontrolle und Einmessung stattgefunden hat.

Art. 15 Inbetriebnahme

Abwasseranlagen dürfen erst definitiv in Betrieb genommen werden, nachdem die Abschlusskontrolle ergeben hat, dass sie fachgerecht ausgeführt sind und ordnungsgemäss funktionieren.

Art. 16 Ausführungspläne

Der Gemeinde sind bei der Abnahme der Abwasseranlage Pläne des ausgeführten Bauwerks zu übergeben.

Art. 17 Kataster

¹Die Gemeinde führt einen Kanal- und Anlagekataster, welcher sämtliche öffentlichen und die daran angeschlossenen, ausserhalb der Gebäude liegenden privaten Abwasseranlagen enthält.

²Die Grundeigentümer sind verpflichtet, die für die Erstellung und die Nachführung des Katasters notwendigen Angaben zu machen und die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

III Finanzierung

Art. 18 Grundsatz

¹Die Einwohnergemeinde erhebt zur Deckung der Kosten der öffentlichen Siedlungsentwässerung verursachergerechte Anschluss- und Betriebsgebühren, welche so festzusetzen sind, dass die Entsorgung des Abwassers über einen mehrjährigen Zeitraum kostendeckend erfolgen kann.

²Zur Ermittlung sämtlicher Aufwendungen für den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung des gemeindlichen Abwassernetzes sowie der von der Einwohnergemeinde zu tragenden Kosten des GVRZ^a erfasst der Gemeinderat in einer separaten Rechnung die Vollkosten. Diese Rechnung ist öffentlich.

Art. 19 Anschlussgebühr

¹Der Eigentümer hat für den direkten oder indirekten Anschluss seines Grundstückes an die öffentlichen Abwasseranlagen oder an private Gewässer 1. Klasse^b eine einmalige Anschlussgebühr zu entrichten.

²Die Anschlussgebühr berechnet sich bei Wohn- und Bürobauten nach dem Volumen des effektiv umbauten Raumes (Gebäudehülle) und bei Gewerbe- und Industriebauten nach der Nettonutzfläche. Die Anschlussgebühr beträgt:

Gebäudeart	Anschlussgebühr
Wohn- und Bürobauten	CHF 5.00 pro m ³ Gebäudevolumen
Gewerbe- und Industriebauten	CHF 10.00 pro m ² Nettonutzfläche

Für Regenwasser von Dachflächen, Vorplätzen, Strassen und dergleichen, das direkt oder indirekt in die öffentlichen Abwasseranlagen oder in private Gewässer 1. Klasse eingeleitet wird, ist zusätzlich folgende Anschlussgebühr zu bezahlen:

Entwässerte Flächen	Anschlussgebühr
Befestigte Flächen (horizontal gemessen) wie beispielsweise Dachflächen, Vorplätze	CHF 20.00 pro m ²
Begrünte Dachflächen, Pflasterungen ohne Fugenverguss	CHF 15.00 pro m ²
Entwässerte Flächen mit Versickerung (Rasen)	Keine Anschlussgebühr

Davon ausgenommen sind Kantonsstrassen und Strassen anderer Gemeinwesen, welche Meteorwasser direkt in private Gewässer 1. Klasse einleiten, soweit sie in einem Perimeterverfahren gemäss Art. 75 des Gesetzes über die Gewässer eingeschlossen sind.

³Bei einer Erhöhung des Volumens oder bei einer Vergrösserung der entwässerten Fläche ist eine entsprechende Nachgebühr zu bezahlen.

⁴Wird nach einem Brandfall oder Gebäudeabbruch innert 10 Jahren mit dem Neubau begonnen, sind bereits bezahlte Anschlussgebühren anzurechnen.

^a Gewässerschutzverband der Region Zugersee-Küssnachtersee-Ägerisee

^b § 9 Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1)

Private Gewässer 1. Klasse: Sie dienen sowohl der Entwässerung des natürlichen Einzugsgebietes als auch wesentlichen kommunalen und kantonalen Interessen, namentlich der Siedlungs- und Strassenentwässerung und der Hochwasserentlastung.

Art. 20 Betriebsgebühr

¹Der Eigentümer eines Grundstückes, das an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen ist oder Abwasser in ein privates Gewässer 1. Klasse einleitet, hat eine periodisch geschuldete Betriebsgebühr zu bezahlen, bestehend aus der Grundgebühr und aus der Verbrauchsgebühr. Davon ausgenommen sind Kantonsstrassen und Strassen anderer Gemeinwesen, welche Meteorwasser direkt in private Gewässer 1. Klasse einleiten, soweit sie in einem Perimeterverfahren gemäss Art. 75 Gesetz über die Gewässer eingeschlossen sind.

²Die Grundgebühr soll ein Drittel und die Verbrauchsgebühr zwei Drittel des gesamten Ertrags aus den Betriebsgebühren ausmachen.

³Von den Kosten, welche durch die Grundgebühr finanziert werden, übernehmen die Gemeinwesen folgende Anteile:

- a. $\% \text{ Gemeindestrassenanteil} = (\text{Gemeindestrassenfläche} \times 3) \times 100 / (\text{Bauzonenfläche} \times 1) + (\text{Gemeindestrassenfläche} \times 3) + (\text{Kantonsstrassenfläche} \times 3)$
- b. $\% \text{ Kantonsstrassenanteil} = (\text{Kantonsstrassenfläche} \times 3) \times 100 / (\text{Bauzonenfläche} \times 1) + (\text{Gemeindestrassenfläche} \times 3) + (\text{Kantonsstrassenfläche} \times 3)$

⁴Die Grundgebühr wird pro Grundstücksfläche berechnet. Bei landwirtschaftlichen Grundstücken legt der Gemeinderat die anrechenbare Fläche fest.

⁵Die Verbrauchsgebühr wird pro m³ des bezogenen Wassers bemessen, unabhängig der Bezugsquelle. Kann die Menge des bezogenen Wassers nicht festgestellt werden, wird eine Pauschale erhoben.

⁶Benutzer werden mit höheren Gebühren belastet, wenn sie Schmutzwasser ableiten, das gegenüber häuslichem Abwasser eine erheblich höhere Konzentration oder Schmutzstofffracht oder eine wesentlich andere Zusammensetzung aufweist.

⁷Wird das bezogene Wasser vom Wasserbezüger rechtmässig und nachgewiesenermassen zu einem wesentlichen Teil nicht abgeleitet (z.B. Landwirtschaft, Gärtnerei usw.), kann eine Reduktion der Verbrauchsgebühr gewährt werden.

⁸Der Gemeinderat legt die Höhe der Betriebsgebühren in einer Verordnung fest.

Art. 21 Gebührenpflicht

Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Anschluss an das öffentliche Abwassernetz.

Art. 22 Fälligkeit

Die Gebühren sind mit der Rechnungsstellung fällig. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage seit Rechnungsstellung. Nach Ablauf der Zahlungsfrist ist ein Verzugszins geschuldet. Der Gemeinderat legt den Zinssatz fest.

Art. 23 Private Abwasseranlagen

Sämtliche Kosten der privaten Abwasseranlagen sind von den Grundeigentümern zu tragen. Darunter fallen insbesondere die Bau-, Betriebs-, Unterhalts- und Erneuerungskosten sowie die Kosten der Anpassung von Grundstücksanschlüssen, wenn eine öffentliche Leitung aufgehoben oder verlegt wird oder wenn das Entwässerungssystem geändert wird.

IV Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 24 Übergangsrecht

Die Anschlussgebühr wird nach neuem Recht erhoben, wenn der Baubeginn, welcher die Anschlussgebühr auslöst, nach dem 1. Januar 2005 erfolgt.

Art. 25 Inkrafttreten

¹Dieses Reglement tritt auf den 1. Januar 2005 in Kraft.

²Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements wird das Kanalisationsreglement der Einwohnergemeinde Oberägeri vom 29. Juni 1982 aufgehoben.

6315 Oberägeri, 15. März 2004

GEMEINDERAT OBERÄGERI

Der Präsident: Gustav Iten

Der Schreiber: Jürg Meier

Beschlossen an der Gemeindeversammlung vom 21. Juni 2004

Genehmigt durch die Baudirektion des Kantons Zug am 21. Oktober 2004

STICHWORTVERZEICHNIS

- Anschluss an die öffentliche Kanalisation 3
- Anschlussgebühr 5
- Ausführungspläne 4
- Bauvorschriften 3
- Betriebsgebühr
 - Grundgebühr 6
 - Verbrauchsgebühr 6
- Bewilligung 4
- Bewilligungsgesuch 4
- Bewilligungspflicht von privaten Anlagen 4
- Duldungspflicht der Grundeigentümer 3
- Durchleitungsrechte 3
- Entwässerungsplan GEP 2
- Fälligkeit 6
- Finanzierung 5
 - Anschlussgebühr 5
 - Betriebsgebühr 6
 - Grundsatz 5
- Gebührenpflicht 6
- Geltungsbereich 2
- Gemeindliches Abwassernetz 3
 - Bau 3
 - Betrieb 3
 - Erneuerung 3
 - Unterhalt 3
- Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2
- Inbetriebnahme 4
- Inkrafttreten 7
- Kataster 4
- Kontrollen 4
- Kreditbewilligung 2
- Öffentlicherklärung 3
- Private Abwasseranlagen 3, 6
- Übergangsrecht 7
- Übernahme privater Abwasseranlagen 3
 - ausserhalb der Bauzonen 3
 - innerhalb der Bauzonen 3
- Zuständigkeit 2
- Zweck 2



**EINWOHNERGEMEINDE
OBERÄGERI**